

Ä50 zu 3. V12: Klimaschutz und Klimaanpassung als kommunale Pflichtaufgabe(n) verankern

Antragsteller*innen Gustav Voge (KV Barnim)

Antragstext**In Zeile 3 einfügen:**

Umstellung der Wärme- und Stromversorgung auf CO₂-neutrale Verfahren, verstärkte Renaturierung von Mooren, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, zur Reduzierung DES motorisierten Individualverkehrs sowie Sanierungsmaßnahmen von Gebäuden und falls nötig Neubau.

Begründung

Der Antrag von Stefan Schneider wird unterstützt und als sehr bedeutend erachtet. Der vorliegende Änderungsantrag ist eine **Ergänzung**.

Der Ä soll einen wichtigen Punkt ergänzen der ab und zu in Klima-Debatten vergessen wird: Die Bedeutung unserer Moore im Klimawandel. Unsere Moore verschwinden durch Entwässerung immer weiter (wortwörtlich). Uns bleibt nicht mehr viel Zeit Moorflächen zu renaturieren und damit die Klimakatastrophe zu bremsen! Wir sollten jetzt anfangen, auf allen Ebenen!

"Wir haben 30.000 Kilometer Gräben. Da müssen 10.000 Stauere rein in den nächsten zwei Jahren." Prof. V. Luthardt, Moorexpertin an der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde im rbb

Es wird von grüner Seite bereits viel für Moorschutz getan. Dieser Ä soll den Klima- und Moorschutz lediglich weiter unterstützen und auf die Bedeutung von Mooren im Klimawandel aufmerksam machen.

Backgroundinfos: Moore sind enorme Kohlenstoffspeicher. In den vergangenen Jahrhunderten haben Menschen Moore entwässert (mancherorts noch heute). Die Entwässerung hat verschiedene negative Auswirkungen auf dieses Ökosystem, welche durch Renaturierung verhindert und teilweise rückgängig gemacht werden können. *Als Renaturierung ist hierbei das (teilweise) Aufstauen von Wasser gemeint, wodurch der Torfkörper wieder (teilweise) unter Wasser steht und das Moor im*

Idealfall nicht weiter sinkt oder sogar wieder wächst. Bei geschickter Umsetzung, ist landwirtschaftliche Nutzung und der Bau von Solaranlagen auf wiedervernässten Mooren weiterhin möglich. In der Klimadebatte sind Moore besonders als Kohlenstoffsenken und große Treibhausgasemittenten bedeutend. Wir, im Moorreichen Bundesland Brandenburg, haben eine besondere Verantwortung. **Brandenburger Moore produzieren aktuell mehr Treibhausgase als der brandenburgische Verkehrssektor!!**^{1; 2} Wodurch Moorschutz ein großes Kuchenstück in der Klimawandelbekämpfung ist. Zudem sind lebendige Moore bedeutende Wasserspeicher und -filter. Dadurch haben sie einen wichtigen positiven Effekt auf unseren Wasserhaushalt besonders in Zeiten von extremer werdenden Niederschlagsereignissen.

¹

fast 6,3 Mio. Tonnen CO₂-Äq. pro Jahr bzw. durchschnittlich 25tCO₂-Äq. pro Hektar und Jahr; laut Daten der Nationalen

Berichterstattung vom Thünen-Institut 7,17 Mio. t

CO₂-Äq https://www.greifswaldmoor.de/files/dokumente/GMC%20Schriften/2021-02_Reichelt.pdf

²

5,2 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten im Jahr 2020 <https://mluk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Zwischen-und-Sektorziele-des-Klimaplan-Brandenburg.pdf>

**Ä56 zu 3. V12: Klimaschutz und Klimaanpassung als kommunale
Pflichtaufgabe(n) verankern**

Antragsteller*innen Christian Göritz-Vorhof (KV Märkisch-
Oderland)

Antragstext

In Zeile 3:

Umstellung der Wärme- und Stromversorgung auf CO₂-neutrale Verfahren, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, zur Reduzierung ~~DES~~des motorisierten Individualverkehrs sowie energetischen Sanierungsmaßnahmen von Gebäuden ~~und falls nötig Neubau~~sowie bei nötigen Neubauten deren klimaneutrale Bauweise.

**Ä57 zu 3. V12: Klimaschutz und Klimaanpassung als kommunale
Pflichtaufgabe(n) verankern**

Antragsteller*innen

Sabine Freund (KV Dahme-Spreewald)

Antragstext

In Zeile 5:

~~Max. 100 Millionen Euro pro Kommune und Jahr. Ein Vorschlag 500€ pro Einwohner:in
und Jahr.~~

200 Euro pro Jahr pro Einwohner:in.

Begründung

Leider befinden sich Kommunen ebenso wie das Land in keiner günstigen finanziellen Situation, außerdem fehlt es in allen Ebenen der Verwaltung an Fachkräften. Auf der einen Seite sind die Fördertöpfe des Landes kleiner geworden. Auf der anderen Seite zeigt sich jedoch auch, dass die Kommunen gar nicht die Ressourcen haben, um den Umbau schneller durchzuführen.

Ä39 zu 6. V16: MEHR MITTEL UND PERSONAL FÜR DEN RADVERKEHR

Antragsteller*innen Juliane Roschitz (KV Märkisch-Oderland)

Antragstext

Von Zeile 28 bis 30:

- kommunaler Ebene. Auch im Landesbetrieb Straßenwesen soll die Anzahl der Personalstellen für den Radverkehr erhöht ~~und~~ die Kompetenz auf diesem Gebiet gestärkt sowie alle organisatorischen und bürokratischen Prozesse überprüft und deutlich vereinfacht werden.

Begründung

Die organisatorischen und bürokratischen Prozesse rund um das Thema Radwege (Zuständigkeit, Bau, Erhaltung, Winterdienst, Dokumentation, Abhängigkeiten, usw.) erschweren oft eine einfache, unkomplizierte und zügige Umsetzung durch die Kolleg:innen im LS.

Manchmal sind es kleine Änderungen im Ablauf, eine pragmatische Alternative für einen Prüfprozess oder eine alltagstaugliche Dokumentationsanforderung, die den Menschen im LS ihre Arbeit erleichtern würde.

Ä27 zu 7. V19: Jetzt den Umgang mit den Wasserressourcen strategisch ausrichten und die Wasserkrise verhindern!

Antragsteller*innen Lydia Vogler (KV Barnim)

Antragstext

In Zeile 9:

- Im Moorschutz fordern wir, dass dort, wo eine Wiedervernässung sinnvoll ist, alle Möglichkeiten der Projektförderung auf Bundes- und EU-Ebene zu nutzen, um den genutzt werden. Moorschutz sollte auf ganzer Moor-Fläche umzusetzen, so vielen Flächen wie möglich umgesetzt werden, um den Wasserrückhalt zu fördern und damit die Emissionen von Treibhausgasen aus Mooren ~~weitgehend~~ zu minimieren.

Ä25 zu 11. V6: Fair Mieten in Brandenburg! – Grün(er) Planen, Sanieren & Bauen

Antragsteller*innen

Clemens Rostock (KV Oberhavel)

Antragstext

In Zeile 24 einfügen:

Das Berliner Umland, die kreisfreien Städte und Oberzentren leiden unter Entwicklungsdruck und hohem Grünverlust, die kleineren Städte und ländlichen Regionen teilweise unter Landflucht und Leerstand: Wir wollen beiden Problemlagen durch den Ausbau des ÖPNV-Angebots in der Fläche und einer Mobilitätsgarantie im ganzen Land entgegenwirken, damit die kleineren Orte wieder an Attraktivität gewinnen und soziale Infrastruktur überall gut ausgelastet ist. Wie bei der Energieversorgung gilt es, über Gemeindegrenzen hinweg zu denken: hier kommt der Landesregierung eine besondere Moderator*innenrolle zu.

Begründung

Der von uns geprägte Begriff der Mobilitätsgarantie sollte immer wieder gesetzt werden.

Ä58 zu 11. V6: Fair Mieten in Brandenburg! – Grün(er) Planen, Sanieren & Bauen

Antragsteller*innen Christian Göritz-Vorhof (KV Märkisch-Oderland)

Antragstext

In Zeile 19:

Das Bauwesen verantwortet bis zu 60 % des globalen Ressourcenverbrauchs. ~~Bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen kann allein die Wahl der Gebäudetypologie und die Auswahl der Baumaterialien (z.B. Geschosswohnung und Holzbaubauweise etc.) einen Ausschlag geben und die Grenzen des Wachstums von Städten sowie Gemeinden und bebauter Fläche aufzeigen.~~ Bei gleicher Zielgröße (zu schaffende Raumfläche) kann mit der Wahl der Gebäudetypologie (z.B. Geschossbauweise) und der Baumaterialien (z.B. Holzbauweise) der Ressourcenbedarf beeinflusst werden sowie den Grenzen des Wachstums von Städten und Gemeinden bzgl. verfügbarer Fläche (u.a. Aufstockung) begegnet werden. Mit der Wiederverwendung von Baustoffen und Rohstoffkreisläufe kann der Ressourcenverbrauch reduziert werden.

Ä11 zu 12. V10: Förderung der Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Antragsteller*innen Katja Hoyer (KV Barnim)

Redaktionelle Änderung**Antragstext**

Die Folgen der Klimakrise sind längst in unserem Alltag präsent. Jetzt aktuell ist dies die Umweltkatastrophe an der Oder mit gewaltigem Fischsterben, die durch die klimatischen Bedingungen verstärkt wurde. Aber auch Trockenheit, Dürre, immer wieder Waldbrände und Wassermangel plagen Brandenburg nun schon eine Weile.

Die „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ ist im Rahmenlehrplan des Landes Brandenburg verankert und wird in den Schulen vor allem in den Fächern Biologie, Nawi, Erdkunde und Politische Bildung häufig sogar fächerübergreifend vermittelt. Das Bundesland Brandenburg bietet viele Seen, Wälder und sogar Heideflächen. Der Umgang und Schutz der Natur kann vor allem gelingen, wenn Kinder diesen in der Natur kennen lernen und anwenden können.

Einen sehr wichtigen Beitrag bei der Unterstützung (der Kitas) und Schulen sind die waldpädagogischen Einrichtungen im gesamten Land Brandenburg. Sie bieten durch gut ausgebildete Waldpädagog*innen und interessante Lernorte (vor Ort im Wald) eine unglaubliche Bereicherung des Biologie- und Geografieunterrichts. Allerdings ist ihr Fortbestand keineswegs ohne Weiteres gesichert, was das Beispiel der Waldschule in Groß Schönebeck zeigte.

Ich fordere deshalb eine dauerhafte Sicherung (mindestens 10 Jahre) der waldpädagogischen Einrichtungen im Land Brandenburg, sodass Kitas und Schulen weiterhin kontinuierlich mit ihnen zusammen arbeiten können.

Die Waldschulen sollten demnach nicht nur zum Umweltministerium sondern auch beim MBSJ angesiedelt sein. Dies signalisiert den Stellenwert dieser wichtigen pädagogischen Einrichtungen noch mehr.

Antragstext**In Zeile 7 löschen:**

~~2.) Auch sollen alle Kindertagesstätten die Möglichkeit erhalten, Fortbildungsangebote zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung wahrzunehmen. Dazu sind die Träger und Trägerinnen der Kindertagesstätten als Partner und Partnerinnen zu gewinnen.~~

Begründung

Liebe Grüne Mitglieder,

die Annahme, dass Pädagog*innen sich nur am Rande mit den oben genannten Themen beschäftigen ist nicht richtig. Bitte unterhaltet euch mit Erzieher*innen und Lehrkräften und vor allem Schulleiter*innen.

Ich kann aber feststellen, dass für die Landespolitik und Kommunalpolitik das Thema Umweltschutz und Klimaschutz an und in Schulen einen noch viel zu geringen Stellenwert hat.

Schöne Grüße aus Basdorf

Katja Hoyer

(leitet eine Schule im Aufbau als Schulleiterin und kämpft gegen die Mühlen der Bürokratie)

Ä40 zu 12. V10: Förderung der Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Antragsteller*innen LAG Bildung (dort beschlossen am:
09.11.2022)

Antragstext**In Zeile 7 einfügen:**

2.) Auch sollen alle Kindertagesstätten die Möglichkeit erhalten, Fortbildungsangebote zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung wahrzunehmen. Dazu sind die Träger und Trägerinnen der Kindertagesstätten als Partner und Partnerinnen zu gewinnen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist besonders dann zielgerichtet, wenn Kinder und Jugendliche Theorie und Praxis verbinden können, wenn sie Nachhaltigkeit im Alltag erleben - auch außerhalb der Schule - und wenn sie mit Menschen agieren, die ein ökologisches Bewusstsein in ihren Handlungen vorleben. Deshalb fordern wir außerdem, dass:

- praktische Projekte der *Bildung für nachhaltige Entwicklung* an KiTas, Schulen und Bildungseinrichtungen (Beispiel: Solaranlage auf dem Schuldach mit Anzeigetafel) unbürokratisch finanziert werden können (ein BNE-Miniprojekte-Fonds)
- Kooperationen in Sachen *Bildung für nachhaltige Entwicklung* mit externen Partnern gefördert werden
- ein Programm für Schulgärten als praktische Lernorte aufgelegt wird
- *Bildung für nachhaltige Entwicklung* in den Schulen und Bildungseinrichtungen auf unsere Situation in Brandenburg – und noch besser auf die lokale ökologische Situation des Schulumfeldes bezogen – thematisiert wird
- die Schulträger noch stärker als bisher für ein nachhaltiges Management der Schulgebäude und Außenflächen, der Ausstattung und Versorgung mit Verbrauchsmaterial verpflichtet werden, um Kindern und Jugendlichen den bewussten Umgang mit Ressourcen erlebbar zu machen.
- gesunde Ernährung an Schulen stärker gefördert wird und dabei auch Regionalität und Saisonalität eine stärkere Rolle spielen als bisher.
- Repair-Cafés, um Gegenständen mehr Wertschätzung entgegenzubringen und deren Lebenszyklen zu verlängern sowie Ressourcen zu schonen. Gleichzeitig können Jugendliche an das Handwerk herangeführt werden.

Begründung

Die Ergänzung zielt darauf, vor allem die Alltagskompetenzen der Kinder und Jugendlichen in Sachen Bildung für nachhaltige Entwicklung zu stärken. Gerade jüngere Kinder lernen praktisch und durch Vorbilder besonders wirksam. Deshalb reicht es nicht, dafür zu sorgen, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung in der schulischen Bildung auftaucht. Nachhaltigkeit sollte an Bildungseinrichtungen auch gelebt werden.

Ä37 zu 13. V18: SCHNELLE, EINFACHE UND SOZIAL GERECHTE ANSCHLUSSLÖSUNG AN DAS 9-EURO-TICKET

Antragsteller*innen

Simon Kohls (KV Potsdam-Mittelmark)

Antragstext**Von Zeile 0 bis 4:**Die Landesdelegiertenkonferenz

~~Die Landesdelegiertenkonferenz begrüßt die grundsätzliche Einigung der Verkehrsminister auf ein bundesweites 49-Euro-Ticket und fordert nun die Landesregierung auf, sich aktiv für eine bundesweite schnelle, einfache und sozial gerechte Anschlusslösung für das 9-Euro-Ticket einzusetzen um~~
fordert die Landesregierung auf, eine landesweite schnelle, einfache und sozial gerechte Fortsetzung des 9-Euro-Tickets zu realisieren. Mittelfristig fordert die Landesdelegiertenkonferenz einen ticketlosen ÖPNV, um ausnahmslos allen BürgerInnen Brandenburgs finanziell das Mobilitätsrecht zu gewährleisten. Der Antrag dient dazu

Begründung

Das von der Bundesregierung forcierte 49-Euro-Ticket grenzt viele Menschen aus, welche aus geringverdienenden Bevölkerungsschichten stammen oder Arbeitslosengeld beziehen. Der Hartz IV-Regelsatz für Alleinstehende sieht monatlich eine Summe von 40,27 € für Mobilität vor, welche damit deutlich unter dem Preis des "Deutschlandtickets" liegt.

Für andere Haushaltskonstellationen mit dementsprechend angepassten Regelsätzen fällt die bereitgestellte Summe für Mobilität noch geringer aus. Außerdem ist die Lebensrealität, dass, verstärkt durch die Inflation, der Regelsatz nicht für alle Bedürfnisse der Empfänger ausreicht und deswegen bspw. der Regelsatzanteil für Mobilität für eine dringlichere Grundbedürfnisbefriedigung genutzt wird.

Generell ist die Preissteigerung um rund 544% im Vergleich zum 9€ Ticket immens, besonders während einer Krise. Dreiköpfige Familien, welche einen Mehrfacherwerb des Tickets in Betracht ziehen würden, bezahlen anstatt 27€ monatlich 147€ für die Nutzung des ÖPNV. Im ländlichen Raum Brandenburgs ist diese Preiserhöhung

insbesondere abschreckend, für den vergleichsweise häufig spärlichen Ausbau der Infrastruktur.

**Ä38 zu 13. V18: SCHNELLE, EINFACHE UND SOZIAL GERECHTE
ANSCHLUSSLÖSUNG AN DAS 9-EURO-TICKET**

Antragsteller*innen Simon Kohls (KV Potsdam-Mittelmark)

Antragstext

Von Zeile 5 bis 6:

- ein **bundeseinheitliches** landesweites, preislich attraktives und sozial gerechtes Nachfolgeticket zeitnah den NutzerInnen zur Verfügung zu stellen,

Begründung

Anpassung nach dem Ä37

Ä5 zu 16. V24: Politische Teilhabe für Alle: Mehr Kinder bei politischen Veranstaltungen!

Antragsteller*innen Steffi Bernsee (KV Barnim)

Antragstext

In Zeile 2:

Diese Regelungen gehen häufig an der Realität des Familienalltags vorbei. Werden Kinder beispielsweise krank und können deshalb kurzfristig nicht an einer Vor-Ort-Betreuung teilnehmen, trifft die Eltern eine finanzielle Mehrbelastung. Hinzu kommt, dass im Falle einer privat organisierten Betreuung diese Care-Arbeit meistens ~~privat~~ mit eigenen Mitteln oder gar nicht bezahlt wird, da Verwandte, Bekannte, Nachbar*innen und Eltern befreundeter Kinder selten zertifizierte Betreuer*innen sind. Diese Umstände erleichtern nicht die Vereinbarkeit von familiären Betreuungsaufgaben und politischem Ehrenamt – doch gerade diese Vereinbarkeit ist es, die wir als Bündnisgrüne immer wieder fordern und leben wollen.

Ä6 zu 16. V24: Politische Teilhabe für Alle: Mehr Kinder bei politischen Veranstaltungen!

Antragsteller*innen Steffi Bernsee (KV Barnim)

Antragstext

In Zeile 2 einfügen:

Diese Regelungen gehen häufig an der Realität des Familienalltags vorbei. Werden Kinder beispielsweise krank und können deshalb kurzfristig nicht an einer Vor-Ort-Betreuung teilnehmen, trifft die Eltern eine finanzielle Mehrbelastung. Hinzu kommt, dass im Fall einer privat organisierten Betreuung diese Care-Arbeit meistens privat oder gar nicht bezahlt wird, da Verwandte, Bekannte, Nachbar*innen und Eltern befreundeter Kinder selten zertifizierte Betreuer*innen sind. Noch schwerer ist es für Eltern mit Kindern, die einen besonderen Betreuungsbedarf haben. Die private Betreuung für z.B. Kinder mit Behinderungen zu organisieren ist mit einem noch höheren Aufwand verbunden. Den Eltern wird somit Politisches Mitwirken fast unmöglich gemacht. Diese Umstände erleichtern nicht die Vereinbarkeit von familiären Betreuungsaufgaben und politischem Ehrenamt – doch gerade diese Vereinbarkeit ist es, die wir als Bündnisgrüne immer wieder fordern und leben wollen.

Ä7 zu 16. V24: Politische Teilhabe für Alle: Mehr Kinder bei politischen Veranstaltungen!

Antragsteller*innen

Steffi Bernsee (KV Barnim)

Antragstext**In Zeile 3 einfügen:**

Deshalb fordern wir den Landesvorstand auf, die Kinderbetreuung bei landesweiten Mitgliederversammlungen wie der LDK und der Grünen Sommerkonferenz standardmäßig anzubieten und neue Konzepte dazu zu entwickeln. Neue Konzepte könnten zum Beispiel eine gemeinschaftliche Betreuung vor Ort, eine parallel organisiertes Kinderparlament oder eine solidarische Finanzierung sein. Für die Betreuung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen könnte nach Voranmeldung ein*e Heilpädagog*in oder eine Pflegekraft engagiert werden. Die erhöhten Kosten könnten z.B. durch das Budget der Verhinderungspflege abgerechnet werden. Denn ein funktionierende und flexible Kinderbetreuung reduziert die mentale Belastung von Eltern und erleichtert die politische Teilhabe. Kinder sind ein Teil der Gesellschaft. Sie sollten in ihr sichtbar sein und politisches Engagement von Anfang an miterleben.

Begründung

Wenn wir Inklusion als Ziel verstehen, sollte es egal sein, ob ein Kind besonderen Betreuungsbedarf hat oder nicht. Auch Eltern von Kindern mit Behinderung sollten vollumfänglich bei Parteitagen und Konferenzen teilnehmen können. Gerade diese Eltern können durch ihre Erfahrungen in vielen sozialen Bereichen ein großer Mehrwert in Debatten und Diskussionen sein.

Ä30 zu 17. V5: Open Government - Kooperative Digitalisierung durch offene Daten und Schnittstellen

Antragsteller*innen LAG Digitales und Medien (dort
beschlossen am: 08.11.2022)

Antragstext

Nach Zeile 59 einfügen:

- Bereitstellung eines ressortübergreifenden Budgets in der Landesregierung zur Umsetzung von Open Government Vorhaben

Begründung

Um geforderte Maßnahmen auch tatsächlich umzusetzen, müssen diese finanziell untersetzt werden. Da Open Government ein Querschnittsthema im Bereich "Gutes Regieren" ist, bietet sich hier ein ressortübergreifendes Budget an.

Ä31 zu 20. V27: Gerechtigkeit und Teilhabe in einer digitalisierten Welt

Antragsteller*innen LAG Digitales und Medien (dort
beschlossen am: 08.11.2022)

Antragstext

Von Zeile 63 bis 64:

- Besonders Mädchen ~~und~~ Frauen und nicht-binäre Personen müssen vor Angriffen und Übergriffen im digitalen Raum geschützt werden.

Begründung

Geschlechtergerechtigkeit bedeutet auch eine Abkehr vom binären Geschlechtersystem. Das spiegeln die Formulierungen im Originalantrag nicht genügend wider.

Ä32 zu 20. V27: Gerechtigkeit und Teilhabe in einer digitalisierten Welt

Antragsteller*innen LAG Digitales und Medien (dort
beschlossen am: 08.11.2022)

Antragstext

Von Zeile 65 bis 67:

- Mobile Arbeit ist eine Chance für mehr berufliche Gleichstellung ~~von Frauen und Männern~~ aller Geschlechter, da durch mehr Flexibilität die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert wird. Mobile Arbeit muss aus diesem Grund

Begründung

Geschlechtergerechtigkeit bedeutet auch eine Abkehr vom binären Geschlechtersystem. Das spiegeln die Formulierungen im Originalantrag nicht genügend wider.

Ä33 zu 20. V27: Gerechtigkeit und Teilhabe in einer digitalisierten Welt

Antragsteller*innen LAG Digitales und Medien (dort
beschlossen am: 08.11.2022)

Antragstext

Von Zeile 121 bis 122:

- Digitale Bildung und Qualifizierung von ~~Schülerinnen und Schülern~~ Schüler*innen ist besonders wichtig, um Ihnen eine freie Berufswahl zu ermöglichen.

Begründung

Geschlechtergerechtigkeit bedeutet auch eine Abkehr vom binären Geschlechtersystem. Das spiegeln die Formulierungen im Originalantrag nicht genügend wider.

Ä3 zu 26. V13: Brandenburg zur Kompetenzregion für die Versorgung des chronischen Fatigue-Syndroms (ME/CFS) machen – DiReNa-Netzwerk ausbauen

Antragsteller*innen Peter Staudt-Fischbach (KV Frankfurt-Oder)

Titel

Ändern in:

Brandenburg zur Kompetenzregion für die Versorgung des chronischen Fatigue-Syndroms (ME/CFS) machen – DiReNa-Netzwerk ausbauen

Antragstext

In Zeile 1:

Die Corona-Pandemie ist noch längst nicht vorbei. Etwa 10% der Infizierten leiden auch mehr als drei Monate nach ihrer Infektion unter komplexen, teils schweren gesundheitlichen Folgen, etwa Atem- und Herz-Kreislauf-Beschwerden, Konzentrations- & Gedächtnisstörungen und postviraler **Fatigue**, dem Post-Covid-Syndrom. Ähnlich geht es Betroffenen des Post-Vakzin-Syndroms, also von Impfschäden durch die Corona-Impfung.

Begründung

Bitte einmal alle "Fatigue" durch das korrekte "Fatigue" ersetzen, sieht sonst unprofessionell aus.

sieh z. B. hier <https://www.muenchen-klinik.de/krankenhaus/schwabing/kinderkliniken/kinderheilkunde-jugendmedizin/spezialgebiete-kinder-klinik/chronische-fatigue/>

Ä34 zu 26. V13: Brandenburg zur Kompetenzregion für die Versorgung des chronischen Fatigue-Syndroms (ME/CFS) machen – DiReNa-Netzwerk ausbauen

Antragsteller*innen Antonius Naumann (LV Grüne Jugend
Brandenburg)

Antragstext

In Zeile 15 löschen:

~~Es gibt bereits einzelne Heilverfahren bzw. Medikamente, die in der Behandlung von Post Covid und ME/CFS eine deutliche Verbesserung der Krankheitssymptome bewirkt haben, etwa das Medikament BC007 oder die H.E.L.P-Apharese. Zur Validierung ihrer Wirksamkeit sowie zur Erforschung weiterer Heilverfahren ist aber eine deutlich größere finanzielle Unterstützung durch den Bund vonnöten. Diese fehlt jedoch aktuell. Wir als Regierungspartei in Brandenburg müssen daher über den Bundesrat unseren Einfluss geltend machen und auf ein Einlenken von Bundesgesundheits- und Forschungsministerium drängen.~~

Begründung

Der medizinischen Einschätzung, welche konkreten Medikamente und Therapieansätze aussichtsreich sein könnten, sollten wir nicht politisch vorgreifen. Das ist Aufgabe der medizinischen Forschung, nicht der Politik. Zur konkret benannten HELP-Apherese bei Long Covid Patient*innen findet sich zudem folgender Online-Beitrag der tagesschau, in der sich mehrere Expert*innen skeptisch äußern: <https://www.tagesschau.de/wissen/gesundheit/long-covid-blutwaesche-101.html>

Ä35 zu 26. V13: Brandenburg zur Kompetenzregion für die Versorgung des chronischen Fatigue-Syndroms (ME/CFS) machen – DiReNa-Netzwerk ausbauen

Antragsteller*innen Antonius Naumann (LV Grüne Jugend
Brandenburg)

Antragstext

In Zeile 14 löschen:

~~**4. Druck auf die Bundesregierung erhöhen – Zulassungsstudien für aussichtsreiche Therapien fördern:**~~

Begründung

In Verbindung mit Ä34

Der medizinischen Einschätzung, welche konkreten Medikamente und Therapieansätze aussichtsreich sein könnten, sollten wir nicht politisch vorgeifen. Das ist Aufgabe der medizinischen Forschung, nicht der Politik.

Ä36 zu 26. V13: Brandenburg zur Kompetenzregion für die Versorgung des chronischen Fatigue-Syndroms (ME/CFS) machen – DiReNa-Netzwerk ausbauen

Antragsteller*innen Antonius Naumann (LV Grüne Jugend
Brandenburg)

Antragstext

In Zeile 1:

Die Corona-Pandemie ist noch längst nicht vorbei. Etwa 10% der Infizierten leiden auch mehr als drei Monate nach ihrer Infektion unter komplexen, teils schweren gesundheitlichen Folgen, etwa Atem- und Herz-Kreislauf-Beschwerden, Konzentrations- & Gedächtnisstörungen und postviraler Fatigue, dem Post-Covid-Syndrom. Ähnlich geht es Betroffenen des Post-Vakzin-Syndroms, ~~also von Impfschäden durch die~~ das als extrem seltene Nebenwirkung einer Corona-Impfung ~~Schutzimpfung auftreten kann.~~

Begründung

Es gibt Berichte über Fälle, die auf Long Covid ähnliche Symptome als Nebenwirkung einer Corona-Impfung hinweisen. Das Risiko nach einer Corona-Schutzimpfung am PostVac-Syndrom zu erkranken ist allerdings nach bisherigen Erkenntnissen ganz wesentlich geringer als das Auftreten des Long Covid Syndroms nach einer Corona-Erkrankung. (siehe: <https://www.ndr.de/nachrichten/info/PostVac-Syndrom-Sehr-seltene-Nebenwirkung-der-Covid-19-Impfung.corona10688.html>)

Die Formulierungen im Antrag sollten dieses sehr eindeutige Risikoverhältnis auch widerspiegeln und eine sprachliche Gleichstellung dringend vermeiden.